

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Belegpreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Anzeigenstellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Posten 2,30 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. wöchentlich. Abonnementpreis: 12 Mk. für 12 Wochen. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.



Angelagerungspreis: Die Doppelstunde Raumzeit 20 Goldpfennig, die Zeitspaltzeit 10 Goldpfennig, die Zeitspaltzeit 5 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr: 20 Goldpfennig. Anzeigen und Platzverträge werden nach Möglichkeit angenommen. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Wichtigkeit der Angelegenheiten wird durch die Anzeiger nicht unterschätzt. Jeder Redaktionsspruch erfolgt, wenn der Betrag durch die Anzeiger nicht unterschätzt wird. Anzeiger nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Rössen.

Nr. 121. — 84. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Volksbed.: Dresden 2640 Mittwoch den 27. Mai 1925

Außen und innen.

Etwa jedenfalls hatte die vor einigen Tagen stattgefundene außenpolitische Debatte im Reichstag deutlich bewiesen: die deutsche Außenpolitik findet weitgehende Unterstützung auch bei solchen Parteien, die grundsätzlich parlamentarische Opposition sind; auch der sozialdemokratische Redner Dr. Breitscheid hatte damals so gut wie keine Worte der Kritik gefunden. Gibt es schon verhältnismäßig wenig Differenzpunkte der allgemeinen Außenpolitik, so ist sich Deutschland in seiner Gesamtheit einig über den Weg, dessen Ausgangspunkt die Annahme des Londoner Pakts bedeutet. Einig aber auch in dem anderen Ziel, die baldigst mögliche Räumung des Ruhrgebiets und der Kölner Zone als das Hauptproblem des Augenblicks zu betrachten.

Bei der Sitzung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei in Berlin hat deren Vorsitzender, der Reichsaussenminister Dr. Stresemann, gerade auf diese weitgehende Übereinstimmung voller Genugtuung hinweisen können. Er hat auch dankenswerterweise ausgeführt, daß das Ausland, soweit es überhaupt die Wahl Hindenburgs als eine militärische Fanfare betrachte, sich nun darauf besonnen hat, daß auch ein Mann wie Hindenburg nur eine Politik des Friedens auf der Grundlage der Selbstachtung nach innen und der Gleichberechtigung nach außen treiben kann und treiben will. Aber Dr. Stresemann hat an diese Feststellung auch eine überaus notwendige Mahnung geknüpft: „Bündel sich das deutsche Volk unter der Führung der höchsten Vertrauen ausstrahlenden Persönlichkeit Hindenburgs in jenem Grundgedanken zusammen, so liegt darin auch die stärkste Unterstützung der deutschen Politik nach außen wie nach innen.“ Denn die Stimmen wollen nicht schweigen, die die Verärgerung über das Resultat vom 26. April immer noch nicht haben überwinden können. Man geht dort soweit, daß man behauptet, die Verhandlungen über den Sicherheitspakt, aber auch über die Räumung des Rhein-Ruhrgebietes wären durch die Wahl Hindenburgs ganz außerordentlich erschwert worden und würden mit weit drückenderen Bedingungen besetzt werden, weil Hindenburg Deutschlands Reichspräsident geworden sei. Die Mahnung Stresemanns ist also überaus notwendig und eigentlich überaus selbstverständlich. Er hat übrigens in einem längeren Telegramm an den Pariser „Matin“ seine auf der Tagung der Deutschen Volkspartei gemachten Ausführungen noch besonders zum Ausdruck gebracht und in kaum mißzuverstehender Weise darauf hingewiesen, daß nicht zuletzt die Außenpolitik es gewesen sei, die den inneren Widerstand Deutschlands gestärkt und gestärkt habe, daß ihr also selbst die Schuld dafür zuschreiben ist, wenn sie in der Wahl Hindenburgs eine Rechtsentwicklung sehen will. Frankreichs unerhörliche Politik am Rhein und in der Sicherheitsfrage ist das zeitlich Vorbergehende und damit auch der Grund dafür, daß man nicht zu einer Entspannung kommen kann trotz der großen moralischen Opfer, die für uns die deutschen Vorschläge für das Sicherheitsabkommen bedeuten.

Auch innenpolitisch bedeutet die Wahl nach der Ansicht Stresemanns eine Konsolidierung der parteipolitischen Verhältnisse. Das ist in gewisser Beziehung gewiß nicht unrichtig, weil doch auch weite Kreise der früheren Gegner Hindenburgs innerlich einen Schlüsseltrieb unter die Entwicklung der innerpolitischen Krisen und der Auseinandersetzungen und Wahlkämpfe gemacht haben. Sie stellen sich auf den Standpunkt, daß das deutsche Volk geklärt hat und damit die Sache entschieden ist. Stresemann glaubt, daß durch die Wahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten die Beziehungen, die die Deutschnationalen Volkspartei mit dem Kabinett Luther verbinden, weit festere und engere geworden sind, die Zusammenarbeit der in der Regierungskoalition vereinigten Parteien nun eine reibungslosere bleiben wird.

Schließlich sei das reibungslose Zusammenarbeiten der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei im Kabinett aber auch noch nach einer anderen Hinsicht von Wichtigkeit. Stresemann rühmt daran in seinen Ausführungen über das Primat, daß der Staat vor der Wirtschaft haben müsse. Die früheren Konflikte zwischen beiden sind unvergessen, blieben auch mehr oder weniger stark in jenen Zeiten, als die Deutsche Volkspartei mit an vorderster Stelle die politische Verantwortung trug. Da aber jetzt ein nicht minder wichtiger Teil der deutschen Wirtschaft, vor allem die deutsche Landwirtschaft, politisch-parlamentarisch hinter der Deutschnationalen Volkspartei stehen, so sind jene Konflikte zwar nicht völlig überwunden, aber doch sehr abgemildert worden. Stresemann verwies auf das Verhalten der Deutschnationalen in der Frage des spanischen Handelsvertrages. Zweifellos widerstreiten sich hier wichtige deutsche wirtschaftliche Interessen. Der Außenminister meint, daß man das zeitweilige Zurücktreten dieser Wirtschaftsinteressen in Kauf nehmen müsse, um des größeren staatlich-politischen Zieles willen, das in der Herstellung eines weitgehenden Handelsübereinkommens mit Spanien liegt.

Besserenfalls mögen vielleicht diesen Ausführungen Stresemanns gegenüber der Ansicht sein, daß die innere Beruhigung nur eine Reaktion gegen die fast ununterbrochenen Meinungsstöße der letzten Monate ist, daß

Der Reichshaushalt gefährdet.

235 Millionen Mark stille Rücklagen.
Der Haushaltsausschuß des Reichstags nahm den Bericht über das Ergebnis der Verhandlungen des auf Wunsch des Finanzministers eingesetzten Unterausschusses über die gegenwärtige Finanzlage entgegen.
An Hand eingehender Unterlagen ist der Ausschuss zu der Auffassung gelangt, daß die stillen Rücklagen im Etat, die nur in ganz bescheidenem Umfang vorhanden sind, sachlich gerechtfertigt sind. Eine solche stille Rücklage steht der Ausschuss in der Summe von 235 Millionen für die Durchführung der vierjährigen Steuern- und Gehaltszahlungen. Weiterhin kommt der Sparauschuß zu der Auffassung, daß die von der Reichsregierung beantragte Reparationsrücklage von 220 Millionen Mark, die seinerzeit heftig angegriffen worden ist, sachlich gerechtfertigt ist. Nach eingehender Prüfung hält der Ausschuss die Auffassung, als ob im Etat große stille Reserven vorhanden sind, nicht für gerechtfertigt.

Reichsfinanzminister von Schlieffen erklärte, die im Etat 1924 erzielten Mehreinnahmen hätten nicht etwa allein die Wirtschaft belastet. Sie seien vielmehr zu einem großen Teil entstanden aus Rentenmarktbedingten Gewinnen der Silberprägung und der Münzprägung. Man könne das Vertrauen zu ihm haben, daß er alles tun werde, einerseits die Wirtschaft zu schonen, andererseits zu verhindern, daß im Etat ein Loch entstehe.
Hiernach gibt der Vorsitzende, Abg. Heiman, eine Mitteilung des Unterausschusses zur Kenntnis, in der es heißt: Nach eingehender Prüfung der Finanzlage ist der Unterausschuß zu der Ansicht gekommen, daß die Gefahr einer Störung des Gleichgewichts im Haushalt nahe liegt. In ihrer Vermeidung ist die größte Vorsicht auf der Ausgabe Seite geboten, während die Einnahmen keinesfalls herabgemindert werden dürfen.

Eine deutsche Erklärung gegen die Verwendung von Giftgasen.

Genf, 26. Mai. In der militärischen Unterkommission der Waffenhandelskonferenz wurde gestern ein amerikanischer Antrag behandelt, der sich mit der Verwendung von Giftgasen

diese Gegenseite unter der Oberfläche auf neuen Ausbruch warten. Die Wahrheit liegt wohl in der Mitte. Aber es ist nicht ausgeschlossen, daß die schweren und wichtigen Entscheidungen schon in der aller nächsten Zeit wieder schweren Konfliktstoff in das deutsche Volk und seine Parteien hineinwerfen werden.

Deutsche Volkspartei und Liberalismus.

Die Tagung des Zentralvorstandes der Deutschen Volkspartei endete mit folgender einstimmig angenommenen Entschließung:

„Die Nationalliberale Partei beschloß in der Sitzung ihres Zentralvorstandes vom 16. Dezember 1918, unter dem Namen „Deutsche Volkspartei“ ihre leitenden Ziele und Grundsätze weiterzuführen. Schon hieraus ergab sich die Aufgabe der Deutschen Volkspartei, Hüterin der liberalen Tradition der alten Partei zu sein. Dazu ist sie um so mehr berufen, als Überwindung der formalen Demokratie und Massenherrenschaffensbestrebungen ein Gegenwärtiges erfordern. Niemals wird die Deutsche Volkspartei den nationalen Ideen, die einst Bismarck, niemals den sozialen Ideen, die Bismarck im Lebensreformismus zur Geltung brachte, untreu werden. Wir begrüßen es, wenn die Gedanken des Liberalismus wieder einer Vertiefung wissenschaftlicher Erörterung zugeführt werden, lehnen aber die Beteiligung an Vereinen, die eine eigene Parteibildung erstreben oder vermöge ihrer organisatorischen Einrichtungen zu einer solchen führen müssen, entschieden ab.“

An den Reichspräsidenten sandte der Zentralvorstand seinen ehrerbietigen Gruß mit dem Versprechen, mit allen Kräften mitzuarbeiten an der großen Aufgabe der Einigung unseres Volkes zum gemeinsamen Wiederaufstieg. Mit einem Telegramm gedachte der Zentralvorstand des Oberbürgermeisters Dr. Jarres und in einer weiteren Entschließung der Rheinlande.

Volkskraft und Wirtschaft.

Reichswirtschaftsminister Reubaus in Elberfeld.

Bei der Jahraufendfeier des Bergischen Landes in Elberfeld hielt Reichswirtschaftsminister Dr. Reubaus eine Rede, in der er die Wichtigkeit der körperlichen Erziehung für den Wirtschaftskampf hervorhob. Bis vor dem Kriege hatten wir eine vortreffliche Schule für unser Volk in der allgemeinen Wehrpflicht. Die Kraft, die aus dieser Quelle floss, sei uns genommen. Wohl habe die Technik der deutschen Wissenschaft und der deutschen

im Kriege befehlt und den Handel mit ihnen unterbinden will. Der Antrag wurde von deutscher und italienischer Seite unterstützt. Der deutsche Vertreter, Oberst Michales, fand es wünschenswert, wenn der Handel mit Giftgasen in Zukunft völlig unterbunden werden würde. Von dem jugoslawischen Vertreter wurde die deutsche Erklärung beanstandet. Deutschland, so führte er aus, sei das Land mit der größten chemischen Industrie der Welt, und solange es nicht freiwillig die Verpflichtung übernehme, seinen chemischen Krieg zu führen, könne Jugoslawien den amerikanischen Antrag nicht unterstützen. Hierauf gab der deutsche Gesandte v. Edardt folgende Erklärung ab: Deutschland ist bereit, sich ohne jeden Vorbehalt jedem internationalen Abkommen anzuschließen, das einen chemischen Krieg unmöglich macht. Hiermit glaube ich, gleichzeitig dem jugoslawischen Vertreter eine befriedigende Antwort erteilt zu haben.

Die französischen Erläuterungen zu dem Antwortentwurf in London überreicht.

Paris, 26. Mai. Der Londoner französische Botschafter hat gestern nachmittag Chamberlain die ergänzenden Erläuterungen zu dem französischen Antwortentwurf auf das deutsche Sicherheitsangebot übergeben. — Die Wälder wollen ausdrücklich auf Meinungsverschiedenheiten innerhalb des britischen Kabinetts hin, woraus sich erkläre, daß die englische Regierung immer wieder Rückfragen stelle. In der Hauptsache handle es sich um die §§ 19 und 20 des Völkerbundespatentes. Ein Teil der Presse, besonders „Journal des Debats“, gibt rückhaltlos zu, daß der französische und der englische Standpunkt nicht unerheblich voneinander abweichen.

Ausperrung der österreichischen Textilarbeiter.

Wien, 26. Mai. Infolge der andauernden Lohnbewegungen und Teilsperren in der österreichischen Textilindustrie haben die Arbeitgeber den Beschluß gefaßt, die Arbeiter in sämtlichen Betrieben der Baumwoll-, Spinnerei- und Textilindustrie von heute ab auszusperrn. Sämtliche österreichische Baumwollspinnereien, Webereien und Druckerien sind stillgelegt. Von der Aussperrung werden etwa 60 000 Arbeiter betroffen.

Organisation die Wege geebnet, um aber diese Wege zu gehen, brauchen wir eine gesunde Volkskraft. Unsere Jugend habe einen Ansporn dazu gegeben, indem sie sich in Sport-, Wander- und Turnvereinen zusammenschloß. Unser Volk müsse, so fährt er fort, verstehen, den Sinn der Jahraufendfeier zu begreifen, um so mehr, als nicht einmal unsere politischen Grenzen frei sind. Zur neuesten Empörung aller Volksteile sei nicht einmal die erste Zone geräumt. Auch auf dem Gebiete der Handelspolitik sind erst einige Schritte getan.

Österreichs Zukunft liegt innerhalb Deutschlands.

Der Anführer der Partei auf dem Parteitag in Wien erörterte Präsident Dr. Dinghofer die verschiedenen Pläne, Österreich lebensfähig zu gestalten, und erklärte, daß seine Partei die Zukunft Österreichs nur in der Einliederung in das Deutsche Reich erblicke. Es sei falsch, wenn gewisse Kreise im Ausland die Meinung verbreiten, nur einige wenige seien für den Anschluß; das Gegenteil sei die Wahrheit. Allerdings müßten die Methoden, um zu dem Anschluß zu gelangen, der gegebenen Zeit angepaßt werden. Die Großdeutsche Volkspartei müsse mit allen Mitteln danach trachten.

Die enge Verbindung mit den Brüdern im Reich.

in den Fragen wirtschaftlicher Natur und des Reiches zu erhalten und die beiderseitig interessierenden Fragen möglichst oft zu besprechen und danach zu handeln. Mit dankbarer Genugtuung begrüße die Großdeutsche Volkspartei die warmen Worte, die ihr bei jeder Gelegenheit von Deutschland gemeldet würden, und besonders die Äußerung Dr. Stresemanns, daß sich keine Reichsregierung bereit finden werde, nämlich des Sicherheitspactes eine Erklärung abzugeben, die auf den Verzicht des Anschlusses Österreichs hinauslaufen würde. Ebenso freudig würden auch die Worte verzeichnet, die derselbe Minister anlässlich der Beratung des Jugoslawienantrages zu dem deutsch-österreichischen Wirtschaftsabkommen gesprochen hat. Dr. Dinghofer gab dann seinem Lebensgefühl Ausdruck, daß die österreichische Regierung aus idealen Gründen, in der Frage der Abschaffung des Paktismus bei den letzten Verhandlungen eine Zielung bezogen habe, die seine Partei nicht billigen könne. Dr. Dinghofer besprach dann die verschiedenen Projekte in der Frage der Handelsverträge mit den Nachbarstaaten und erklärte, seine Partei würde es stets mit allen Mitteln bekämpfen, daß unter dem Deckmantel handelspolitischer Verhandlungen Österreich in ein wirtschaftliches oder politisches Eingebunden werden sollte, welches seine Spitze gegen das Deutsche Reich lehre und Österreich von diesem wirtschaftlich abschneide.